

II— 2044 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Zl. 10.000/4-Parl/77

Wien, am 3. März 1977

942/AB

1977 -03- 22

zu 950/J

An die  
PARLAMENTS DIREKTION

Parlament  
1017      W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage  
Nr. 950/J-NR/77, betreffend die Finanzierung von Bundes-  
denschulen, die die Abgeordneten Dr. FEURSTEIN und  
Genossen am 1. Februar 1977 an mich richteten, beehre  
ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 und 2)

Da das Bundesministerium für Unterricht  
und Kunst von den Standortgemeinden seiner Bundesschulen  
bzw. den Vertragspartnern solcher Verträge, in denen die  
Errichtung von Schulneubauten vereinbart wird, bisher  
keine Aufstellung über deren finanziellen Belastungen  
verlangt hat und sie auch nicht zu einer solchen Meldung  
verpflichten kann, ist es nicht möglich, genaue Ziffern,  
verteilt auf die einzelnen Bundesländer oder Gemeinden  
sowie einzelne Budgetjahre bekannt zu geben.

Fest steht jedenfalls, daß diese Leistungen,  
wie sie in der Folge beschrieben werden, einen geringen  
Anteil gemessen an den Gesamtkosten der Schulneubauten  
darstellen.

- 2 -

Die Leistungen der Gemeinden und Länder bestehen im wesentlichen aus der Übernahme von Verschaffungsverpflichtungen (eines Grundstückes, eines Raumprovisoriums, von Mitbenützungsrechten an nicht be. Einrichtungen und dgl.), die Übernahme einer Zinsendifferenz, wie sie sich allenfalls daraus ergeben kann, daß Darlehenspromessen, die dem Bund größtenteils nicht bekannt sind, höhere Zinsbelastungen vorsehen, als der Bund in der Vereinbarung betreffend die Errichtung eines Schulneubaues anzuerkennen in der Lage ist. Weiters übernehmen Gemeinden in einzelnen Verträgen prozentuelle oder betragsmäßig fixierte Anteile an den Kosten von Schulneubauten.

Von wesentlich größerer Bedeutung sind allerdings die im Rahmen dieser Vereinbarungen von den Gemeinden übernommenen materiell überhaupt nicht zu erfassenden Verpflichtungen, die sich aus der zur Verfügungstellung ihrer Organe für gewisse Leistungen im Rahmen des Schulneubaues, wie z. B. bei der Baudurchführung, bei der Beschleunigung der Bauabwicklung und ähnlichem, ergeben.

Durch diese Anfrage sieht sich das Bundesministerium für Unterricht und Kunst neuerlich veranlaßt, auf die bereits in zahlreichen Anfragebeantwortungen dem Hohen Haus übermittelten Erfolgsziffern im Rahmen des Schulneubaues der letzten Jahre hinzuweisen, die ohne diese Kooperation zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden sicher nicht erreicht werden hätten können.

